



CDU-CSU Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die Mitglieder
der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
- im Hause -

Berlin, 14. Januar 2026

Rundschreiben der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Situation im Iran

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Euch und uns erreichen zahlreiche Anfragen von Bürgern und Medien zur Lage im Iran und zu unserer Haltung hierzu.

Die Wut der Menschen im Iran auf die Herrschaft der Mullahs ist seit Jahren groß. Viele können die brutale Unterdrückung der Freiheit nicht mehr ertragen. Und auch diejenigen, die die Unterdrückung des Regimes nicht täglich spüren, beklagen die Unfähigkeit der Herrschenden, die Grundbedürfnisse der Menschen sicherzustellen.

Zu lange hat sich Europa von der Hoffnung leiten lassen, den Iran auf dem Verhandlungsweg zur Abkehr vom Bau einer Atombombe zu bringen. Das ist gescheitert, der damit verbundene Verzicht auf härtere Sanktionen hat nicht den erwünschten Erfolg gebracht. Der regionalpolitische Preis dieser Strategie war hoch.

Darauf haben wir als CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag immer hingewiesen. Hervorzuheben sind hier das **Positionspapier „Das iranische Regime als Gegner von Frieden, Freiheit und Frauen betrachten – Für eine neue Iranpolitik“**, das am 2. Juli 2024 von der Fraktion beschlossen worden ist, oder die Anträge **„Ein Jahr Iran-Revolution – An Jina Mahsa Amini erinnern und den Freiheitskampf der Menschen im Iran aktiv unterstützen“** (Drs. 20/8407), **„Iranische Protestbewegung entschlossen unterstützen – Den Testfall einer frauenorientierten Außenpolitik zum Erfolg machen“** (Drs. 20/3930),

**„Das iranische Terrorregime effektiv sanktionieren und so die iranische
Revolutionsbewegung aktiv unterstützen“ (Drs. 20/5214) oder „Die Hisbollah als
verlängerten Arm des Iran entschlossen bekämpfen
– Stabilität und Demokratie im Libanon unterstützen“ (Drs.20/9731)**

Die dort formulierten grundsätzlichen Positionen und Forderungen sind weiterhin gültig.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag steht klar auf der Seite des iranischen Volkes. Die Menschen im Iran wissen, dass nur sie selbst politischen Wandel herbeiführen können. Von Deutschland erwarten sie aber völlig zurecht, dass wir nicht aus einem falsch verstandenen Streben nach Stabilität in der Region Rücksicht auf das Regime nehmen, sondern den Mullahs in Teheran das Leben so schwer wie möglich machen.

Das Mullah-Regime hat nach Ausrufung der „Islamischen Revolution“ im Jahr 1979 ein konsequentes Repressions- und Terrorregime errichtet. Die Lage der Menschenrechte ist seit vielen Jahren katastrophal, die Zahl der Hinrichtungen eine der höchsten der Welt. Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit werden von den Behörden massiv eingeschränkt. Internetseiten und soziale Medien werden blockiert und kritische Medienbetriebe geschlossen. Initiativen für mehr Frauenrechte werden im Keim erstickt. Die Behörden gehen beispielsweise erbittert gegen Frauen vor, die sich gegen den diskriminierenden Kopftuchzwang engagieren – teilweise mit jahrzehntelangen Gefängnisstrafen oder Peitschenhieben. Zahlreiche Fälle von Vergewaltigung in Gefängnissen sind dokumentiert. Das iranische Regime geht höchst aggressiv nach innen wie nach außen vor. Es exportiert außerdem Terror und Gewalt und trägt damit Instabilität in die Region und in die Welt.

Auf der Grundlage der iranischen Staatsdoktrin eines Vernichtungsantisemitismus sollen der Staat Israel und alles Jüdische ausgelöscht werden.

Als Schlüsselinstitution wirken die Islamischen Revolutionsgarden zudem an der Entwicklung und Proliferation von Waffensystemen mit. Durch die Entwicklung von ballistischen Raketen und durch die massive Ausweitung der Drohnenentwicklung und -produktion unterstützt der Iran unter anderem Russland in seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine. So hat der Iran Russland seit Ende 2021 mit Raketen, Drohnen und Munition in Milliardenhöhe versorgt. Über ihrer so genannten „Proxies“ wie die Hisbollah oder die Hamas exportieren die Revolutionsgarden Terror in den gesamten Nahen und Mittleren Osten.

Die Politik der Bundesregierung ist gegenüber dem iranischen Regime konsequenter als die der „Ampel“-Regierung, nicht nur durch klarere Sprache. Sie verstärkt den Druck auf die Mullahs auf nationaler und europäischer Ebene. Den hierfür vielfach notwendigen Konsens

in der EU zu erreichen, bleibt eine vorrangige Aufgabe, die angesichts der aktuellen Entwicklung noch entschlossener angegangen werden muss.

Engagement für EU-Terrorlistung der Revolutionsgarden und für weitere Sanktionen

Die Bundesregierung setzt sich intensiv und hochrangig für die Listung der Revolutionsgarden ein. Eine Listung wäre ein starkes Signal, dass wir die inakzeptablen Machenschaften der Revolutionsgarden - auch in Europa und Deutschland - nicht hinnehmen. Die EU-internen Abstimmungsprozesse dauern weiter an. Listungsentscheidungen erfordern einen Konsens aller EU-Mitgliedstaaten, der bislang nicht erzielt werden konnte. BM Wadehul hat sich gegenüber den Amtskollegen derjenigen Mitgliedsstaaten, die die Listung noch kritisch sehen, und Hohe Repräsentantin Kallas persönlich für eine Positionsänderung eingesetzt.

Führende Rolle der Bundesregierung, um eine nukleare Bewaffnung des Irans zu verhindern

Gemeinsam mit den E3-Partnern Großbritannien und Frankreich hat die Bundesregierung den Snapback ausgelöst, mit dem das Sanktionsregime gegen den Iran wieder vollständig eingesetzt wurde, um den Druck auf den Iran durch die Wiedereinsetzung von Sanktionen der Vereinten Nationen (VN) sowie EU-autonomen Sanktionen weiter zu erhöhen. Dieser Druck kommt in Teheran an, wie auch aktuelle Proteste zeigen, die durch die wirtschaftliche Lage mit ausgelöst wurden.

Enge Abstimmung mit den Staaten der Region

BM Wadehul ist bereits mehrfach in die Region gereist und hat dort Gespräche zu Iran als gemeinsamer Sicherheitsbedrohung geführt.

Konkrete Maßnahmen zur Ausweitung der EU-Sanktionen und Bekämpfung der Sanktionsumgehung

Die Bundesregierung setzt sich ebenfalls für eine kontinuierliche sowie anlassbezogene Überprüfung und Fortentwicklung der EU-Sanktionen zu Iran ein, etwa um die Unterstützung Irans für den russischen Angriffskrieg oder die Destabilisierung der Region zu erschweren. Insbesondere hat die Bundesregierung, gemeinsam mit den Niederlanden, Frankreich und Litauen, Listungsvorschläge unter dem Sanktionsregime gegen Drohnen und gegen das iranische Raketenprogramm eingebracht, um zusätzliche Güter zu erfassen, die Iran für die Produktion dieser Güter nutzen kann. Die Bundesregierung fordert auch eine Ausweitung der für den Export erfassten kritischen Güter nach Iran. Die Umsetzung von Sanktionen, insbesondere der VN-Sanktionen, stellt jedoch eine große Herausforderung dar, auch da Russland weiterhin die Arbeit des Sanktionsausschusses und

Expertenpanels auf VN-Ebene blockiert. Die Bundesregierung wirbt aktiv bei Drittstaaten für die Einhaltung der Sanktionen.

Finanz- und Wirtschaftsaktivitäten weiter reduzieren

Mit dem Snapback sind die Spielräume für Banken im Bereich Handel mit dem Iran nochmals geschrumpft. Die BaFin hat zuletzt der Saderat-Bank die Lizenz entzogen. Insgesamt ist der Handel mit Iran 2025 nach vorläufigen Zahlen auch in Folge dieser Maßnahmen noch einmal deutlich gesunken. Deutschland hat mehr Handel mit Liechtenstein als mit Iran.

Einfluss Iran-naher Gruppen in der Region einschränken

Die Bundesregierung hat auf EU-Ebene erfolgreich zahlreiche Listungen vorangetrieben, die auch Finanzflüsse und Waffentransfers an iranische Verbündete in der Region betreffen. Die Unterstützung der Staatlichkeit der Staaten in der Region (insbesondere im Irak, Libanon und Syrien) ist eine wichtige Maßnahme, um den iranischen Einfluss zurückzudrängen.

Kampf gegen transnationale Repression durch das iranische Regime

Das AA hat eine Zuständigkeit für transnationale Repression geschaffen. Es findet eine enge Abstimmung mit Innenbehörden sowie befreundeten Staaten statt, um effektive Mittel zum Aufspüren möglicher Gefahren und deren Bekämpfung zu suchen. Dies betrifft explizit auch den Bereich Cyberkriminalität.

Mit freundlichen Grüßen

Euer



Dr. Norbert Röttgen MdB
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender



Jürgen Hardt MdB
Außenpolitischer Sprecher